



NEIN

**zu teuren Verboten für die AHV
und Pensionskassen**

zu Schäden für KMU und Arbeitsplätze

**zur politischen Bevormundung
der Nationalbank**



Am 29. November

NEIN

zum Finanzierungs-Verbot der GSoA

NEIN zu Schäden für KMU und Arbeitsplätze

Das radikale Finanzierungs-Verbot der GSoA schädigt KMU und kostet Arbeitsplätze. Durch das starre Finanzierungs-Verbot schadet die Initiative dem Werkplatz Schweiz. Die Schweizer Rüstungsindustrie schafft Arbeitsplätze und Aufträge für KMU. Sie wird genau kontrolliert und die Exporte richten sich nach den Bestimmungen des Kriegsmaterialgesetzes. Es ist falsch und nicht praktikabel, über den Kapitalmarkt mit einer starren Quote von 5 Prozent aus Unternehmen «Kriegsmaterialproduzenten» zu machen. Die Abgrenzungsprobleme und die Bürokratie verschlechtern die Möglichkeiten von Schweizer Firmen, sich zu finanzieren. **Die Initiative ist ein Angriff auf die Schweizer KMU und ihre Arbeitsplätze.**



«Vielen KMU wird mit der GSoA-Initiative willkürlich der Zugang zu Krediten massiv erschwert. Das kostet am Schluss Arbeitsplätze.»

Fabio Regazzi, Nationalrat CVP

Schweizer KMU werden kriminalisiert

Die starre GSoA-Quote macht aus sehr vielen Unternehmen «Kriegsmaterialproduzenten». Ausgerechnet KMU, die das Rückgrat unseres Wohlstands bilden, sind die Leidtragenden. Ihnen wird Zugang zu Krediten massiv erschwert oder ganz verwehrt. Dass die KMU in erster Linie Alltagsprodukte herstellen, lässt das Finanzierungs-Verbot ausser Acht.



Vom Finanzierungs-Verbot besonders betroffen sind KMU. Die GSoA-Initiative dreht ihnen den Geldhahn zu. Das kostet Arbeitsplätze.

Die GSoA will ein radikales Finanzierungs-Verbot!

Die GSoA-Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» ist ein Angriff der Armeeabschaffer auf die AHV, Pensionskassen, KMU und Nationalbank. Die Initiative gefährdet die soziale Sicherheit, kostet Arbeitsplätze und schadet dem Schweizer Franken.

Die GSoA (Gruppe Schweiz ohne Armee) will die Armee abschaffen. Das Vorhaben ist an der Urne mehrmals gescheitert. Nun versuchen es die Armee-Gegner mit einem Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterial. Dafür sieht die GSoA-Initiative eine starre Quote vor: AHV, IV,

EO und Pensionskassen, Stiftungen und Nationalbank wird die Finanzierung von Unternehmen untersagt, die mehr als 5 Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften. Für Banken und Versicherungen sollen dieselben Bedingungen gelten.

Die bürokratische Initiative schwächt unsere AHV und Pensionskassen. Sie verteuert die Anlagemöglichkeiten dieser Sozialwerke und erhöht die Risiken. Auch schadet das Volksbegehren unseren KMU und unserer Nationalbank. Die Initiative verdient ein klares NEIN!



«Die GSoA-Initiative gibt vor, für Frieden zu sorgen! Das Gegenteil ist richtig. Sie gefährdet die Sicherheit und schadet zusätzlich unseren Renten und der Industrie.»

Werner Salzmann, Ständerat SVP

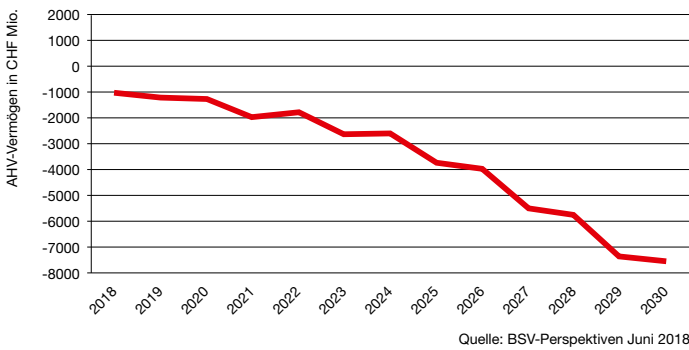


«Die Initianten haben mit dem Finanzierungs-Verbot das falsche Instrument gewählt. Die Initiative verfehlt die angepeilte Wirkung. Schaden anstatt Nutzen ist die Folge.»

Beat Flach, Nationalrat glp

NEIN zu teuren Verboten für die AHV und Pensionskassen

AHV-Vermögen sinkt



Bis 2030 rechnet der Bund mit einem Loch in der AHV-Kasse von rund 8 Milliarden Franken. Die GSoA-Initiative belastet die AHV zusätzlich.

Das Finanzierungs-Verbot der GSoA verteuert die Geldanlage für unsere Altersvorsorge. Sie wirft die bewährten Anlagestrategien der staatlichen und beruflichen Vorsorge über den Haufen. AHV und Pensionskassen müssen ihre Anlage an der starren 5 Prozent-Quote ausrichten. Entweder beschränken sie ihre Investitionen auf einzelne Firmen oder sie überprüfen jedes Jahr Tausende von Unternehmen auf deren Umsatz mit Rüstungsmaterial. Die Folge: Das Anlagerisiko wird erhöht, die Verwaltungskosten steigen. Unsere Altersvorsorge steht vor grossen Herausforderungen. Sie darf nicht durch bürokratische Verbote zusätzlich belastet werden. **Die Initiative ist ein Angriff auf die soziale Sicherheit.**

NEIN zur politischen Bevormundung der Nationalbank

Das Finanzierungs-Verbot der GSoA bevormundet die Schweizerische Nationalbank. Die Initiative schreibt der Nationalbank vor, wie sie ihre Gelder anlegen soll. Sie ist ein Angriff auf ihre Unabhängigkeit. Primäre Aufgabe der Nationalbank soll es bleiben, für die Stabilität des Schweizer Frankens zu sorgen. Dafür braucht sie volle Handlungsfähigkeit und keine bürokratischen Verbote oder willkürliche Quoten, die sie in ihren Anlageentscheiden bevormunden. Die Initiative schadet letztlich dem Schweizer Franken. **Die Initiative ist ein Angriff auf die Stabilität des Schweizer Frankens.**



«Wir dürfen nicht ins operative Geschäft der Nationalbank eingreifen. Sie wird sonst zum Spielball der Politik.»

Maja Riniker, Nationalrätin FDP



Ethisches Anlegen lässt sich nicht in die starre GSoA-Quote pressen.

Ethisches Anlegen wird immer wichtiger. Es gibt schon heute Finanzinstrumente, die bestimmte Rüstungsfirmen ausschliessen. **Allerdings braucht die nachhaltige Finanzierung keine willkürlichen Quoten, sondern klare Kriterien, auf die sich Anleger und Sparer tatsächlich stützen können.**

GSoA-Initiative schwächt die Schweizer Armee

Die Initiative ist auch ein weiterer Angriff auf die Schweizer Armee. Zur Verteidigung unserer Souveränität ist die Armee auf CH-Lieferanten angewiesen. Die Schweiz gehört weder einer Verteidigungsallianz an noch hat sie Anspruch auf militärische Unterstützung durch andere Staaten. Entsprechend braucht die Schweiz Kompetenzen bei der Herstellung von Rüstungsgütern. **Es ist bedenklich, wenn AHV, Pensionskassen und Nationalbank Gelder nicht mehr in Schweizer Firmen investieren dürfen, die dazu beitragen, den Verfassungsauftrag der Verteidigung zu erfüllen.**



«Eine ganzheitliche Sicherheitspolitik der Schweiz benötigt eine eigene sicherheitsrelevante Industrie. Mit dieser Initiative wird sie in unserem Land zerstört.»

Thierry Burkart, Ständerat FDP

Sie sagen **NEIN**

- ✗ **Bundesrat**
- ✗ **National- und Ständerat**
- ✗ **CVP, FDP, SVP und Grünliberale**
- ✗ **economiesuisse, Arbeitgeberverband, Swissmem, Swissmechanics, Schweizerischer Versicherungsverband, SwissBanking, Pensionskassenverband**
- ✗ **Schweizerischer Verband für Seniorenfragen**
- ✗ **Kantonale Industrie- und Handelskammern sowie kantonale Gewerbeverbände**



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

MUSTER

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 29. November 2020

Wollen Sie die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» annehmen

Antwort

NEIN



Am 29. November

NEIN

zum Finanzierungs-Verbot der GSoA